

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage. Er betont, dass die Ergebnisse lediglich auf Einschätzungen der einzelnen Fachbereiche beruhen und nicht auf Gutachten oder betriebswirtschaftlichen Vergleichsrechnungen. Insbesondere im Fachbereich Gebäudewirtschaft gibt es Aufgaben im TGA-Bereich und Handwerkerbereich, die regelmäßig extern vergeben werden. Im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit (Radevormwald, Hückeswagen und Wipperfürth) könnten sich ebenfalls Shared Services-Lösungen bei der Straßenreinigung und der Betriebsführung der Straßenbeleuchtung anbieten. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass sich Probleme bzgl. der unterschiedlichen Systeme und Organisationsabläufe ergeben könnten. Er schlägt vor, zunächst in den Fraktionen zu beraten, ob der Bedarf besteht einen bestimmten Bereich genauer überprüfen zu lassen, weist aber darauf hin, dass eine entsprechende Überprüfung extern vergeben werden müsste und dafür entsprechende Haushaltsmittel einzuplanen wären.

Herr Viebach sieht nicht ein, warum sich die Fraktionen nun näher mit dem Thema auseinandersetzen sollen, wenn die Verwaltung nicht dazu bereit ist, intensivere Prüfungen vorzunehmen.

Der Bürgermeister erwartet nicht, dass die Fraktionen irgendwelche Prüfungen vornehmen; er schlägt lediglich vor, darüber zu beraten, in welchen Bereichen eine genauere Überprüfung Sinn machen könnte. Er stellt weiterhin klar, dass bei der Rückholung von Aufgaben wieder mehr Personal benötigt wird; dies steht dem festgelegten Stellenabbau entgegen.

Herr Ebbinghaus erklärt, dass die Rückholung von Aufgaben nur dann sinnvoll ist, wenn dadurch Kosten gegenüber der externen Vergabe eingespart werden. Er schlägt vor, dass die Verwaltung mit einer genaueren Prüfung anhand von zwei Pilotprojekten, zum einen im Bereich der TGA-Aufgaben (im Planbereich) und zum anderen im Bereich Shared Services (z.B. Straßenreinigung) beauftragt wird.

Herr Hoffmann betont, dass für genauere Beratungen innerhalb der Fraktionen Zahlen benötigt werden, welche Leistungen genau vergeben wurden und welche Kosten dadurch entstanden sind.

Herr Ullmann merkt an, dass der Antrag der AL-Fraktion auf eine Überprüfung der Verwaltung und nicht auf eine bloße Einschätzung abgezielt hat. Er bittet um Auskunft, ob es absehbar ist, wie lange die Prüfung eines einzelnen Bereiches dauern würde.

Hierzu führt der Bürgermeister aus, dass bereits in der damaligen Sitzung mitgeteilt worden ist, dass nur eine Einschätzung seitens der Verwaltung erfolgen kann. Die Dauer einer entsprechenden Prüfung ist nicht absehbar; ebenso wenig wie die Kosten, die dafür anfallen.

Herr Viebach regt an, das Gespräch mit den städtischen Gesellschaften (SWR und Bäder GmbH) zu suchen und über eine gemeinsame Beschäftigung eines Handwerkers zu beraten.

Der Bürgermeister hält dies für einen guten Vorschlag und sagt zu, entsprechende Gespräche zu führen.

Herr Dummer merkt an, dass viele Vergaben nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen, sondern aufgrund von nicht vorhandenem Fachwissen. Die Ausschreibung einer

Dienstleistung sollte erst nach einem entsprechenden Kostenvergleich von externer Vergabe oder selbstständiger Erledigung erfolgen.

Herr Schulte teilt mit, dass die Stadt Wermelskirchen bereits eigene Maler beschäftigt; hier könnte zu Informationszwecken eine Kontaktaufnahme vorgenommen werden. Weiter sollte es seiner Meinung nach für die Verwaltung machbar sein, alle vom FB Gebäudewirtschaft vergebenen Malerarbeiten innerhalb der letzten 12 Monate zu ermitteln und dann zu vergleichen, welche Kosten entstehen würden, wenn man einen eigenen Maler beschäftigen würde.

Herr Ullmann beantragt, den Einsatz einer Handwerkerkolonne zu prüfen und über den aktuellen Sachstand in der nächsten Ausschusssitzung zu berichten.

Herr Stark begrüßt die Idee zur Prüfung der Möglichkeiten anhand eines Pilotprojektes. Allerdings weist er darauf hin, dass man bei der Einbindung von städtischen Gesellschaften an rechtliche Grenzen stoßen kann. Er empfiehlt daher, dass heute kein Beschluss gefasst wird, sondern die Fraktionen zunächst darüber beraten sollen, welche Bereiche in einem Pilotprojekt durchgeprüft werden sollen. Benötigte Informationen sollten von der Verwaltung geliefert werden. Eine Entscheidung sollte dann möglichst schon in der Ratssitzung am 30.09.2014 erfolgen.

Herr Hoffmann befürwortet die Prüfung anhand eines Pilotprojektes, teilt aber auch die Bedenken von Herrn Stark bzgl. einer Einbindung von städtischen Gesellschaften.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass dies bis zur nächsten Ratssitzung nicht leistbar sein wird. Er schlägt vor, dass zunächst Gespräche mit den städtischen Gesellschaften geführt werden, ob hier grundsätzliches Interesse besteht. Gleichzeitig wird die Verwaltung anhand eines selbst gewählten Beispiels unter Berücksichtigung der Zahlen aus 2013 auflisten, welche Tätigkeiten für welchen Preis eingekauft worden sind.

Der Ausschuss stimmt dem einvernehmlich zu.

Auf Nachfrage von Herrn Ullmann sagt der Bürgermeister zu, dass in der nächsten Ausschusssitzung ein Sachstandsbericht erfolgt.